

Börner: Bei Gefahr für Bevölkerung keine Aufarbeitungsanlage

SPD-Landtagsfraktion tagte in Frankenberg

Frankenberg (a). Ministerpräsident Börner hat gestern in Frankenberg erneut versichert, daß sich die Landesregierung noch nicht auf den Frankenger Stadtteil Wangershausen als Standort einer Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe (WAA) festgelegt habe. Sollte sich während des Prüfungsverfahrens herausstellen, daß eine solche Anlage die in ihr arbeitenden und die in der Umgebung lebenden Menschen gefährden könne, werde ihr Bau nicht genehmigt.

Vor Kernkraftgegnern erklärte Börner, auf keinen Fall beabsichtige die Landesregierung, die Bevölkerung zu „überfahren“. Sie wolle vielmehr überzeugen. Gelingen ihm das nicht, müsse sie daraus Schlußfolgerungen ziehen.

Der Ministerpräsident, von etwa 200 Kernkraftgegnern mit Buh-Rufen und Transparenten („Holger Börner, sei gescheit, treib es in Hessen nicht zu weit — keine WAA“) empfangen, nahm in Frankenberg an einer Sitzung der SPD-Landtagsfraktion teil. Die Landespolitiker beschäftigten sich zusammen mit sozialdemokratischen Kommunalpolitikern mit den Standortvorschlägen für eine Wiederaufarbeitungsanlage.

Wie der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Winterstein, vor Journalisten versicherte, galt das Gespräch der Informa-

tion. Keinesfalls sei man nach Frankenberg gekommen, um die Genossen vor Ort „auf Vordermann“ zu bringen.

„Kein voreiliges Ja“

Der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Waldeck-Frankenberg, der Korbacher Landtagsabgeordnete Dr. Bökemeier, sagte, für die Sozialdemokraten in diesem Raum bestehe keine Veranlassung, von ihrem auf einem Sonderparteitag im Vorjahr gefaßten Beschluß abzurücken. Entschieden werden könne erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Bis dahin werde man bessere Erkenntnisse gewonnen haben. Ein voreiliges Ja zur Wiederaufarbeitungsanlage könne der Unterbezirk Waldeck-Frankenberg nicht sagen, allerdings bejahe er eine sorgfältige Überprüfung.

FDP: Folgen auch für Mittelstufe

Wiesbaden (Eff). Das Oberstufenurteil des Staatsgerichtshofs müsse bei der inhaltlichen Konzeption der Rahmenrichtlinie der Rahmenrichtlinie der Mittelstufe berücksichtigt werden, obwohl es darauf nicht ausdrücklich abhebe. Zu dieser Auffassung gelangte gestern die FDP-Landtagsfraktion.

Dazu erklärte deren kulturpo-

litische Sprecherin Ruth Wagner, es sei stets die Position der Freien Demokraten gewesen, innerhalb des Lernbereichs Gesellschaftslehre in der Mittelstufe den Anteil der Fächer Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde nach Inhalt und Umfang festzulegen. Das müsse nun verbindlich festgeschrieben werden, forderte die Abgeordnete.



Mit einem Pfeifkonzert

und mit Buh-Rufen wurde gestern Ministerpräsident Börner in Frankenberg auf dem Weg zu ei-

ner Tagung der SPD-Landtagsfraktion von Kernkraftgegnern empfangen. Er lud drei der Demonstranten zu einem fast einhalbstündigen Meinungsaustausch ein.

(Foto: a)

Bischof lehnt Aktionen gegen Startbahn ab

„Gegen Rechtsstaat gerichtet“ — Rodungsarbeiten auf dem Baugelände fortgesetzt

Mainz/Frankfurt (dpa). In der Auseinandersetzung um die geplante Startbahn 18 West hat jetzt auch die katholische Kirche Stellung bezogen. Der Mainzer Bischof, Kardinal Volk, lehnte Aktionen gegen das Projekt ab, weil sie nach dem jüngsten Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofs gegen den Rechtsstaat gerichtet seien. „Man soll nicht so tun, als ob die Welt erst in Unordnung gerät durch den Bau der Startbahn, oder als sei sie in Ordnung, wenn nur diese Startbahn nicht gebaut wird“, erklärte der Kardinal. Angesichts der Tötung von jährlich etwa 100 000 ungeborenen Menschen in der Bundesrepublik sei der Lärm um die Startbahn „gespenstisch“.

Ohne schwerwiegende Zwischenfälle sind am Dienstag die Rodungsarbeiten auf dem Baugelände am Flughafen verlaufen. Etwa 60 Startbahngegner, die sich in zwei aus Gräben und Palisaden errichteten „Burgen“ verschanzt hatten, räumten nach Angaben der Polizei und eines Sprechers der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung freiwillig das von der Polizei abgesperrte Gelände. Sieben Demonstranten harrten allerdings auf einer in den Baumwipfeln befestigten Plattform aus. Etwa 100 Startbahngegner protestierten am Nachmittag noch außerhalb der Absperrung aus Stacheldrahtrollen gegen die Rodung des Waldgeländes.

Während nach Polizeianga-

ben bei den Auseinandersetzungen in den vergangenen Tagen ein Beamter leicht verletzt wurde, gab es nach Informationen des Büros der Bürgerinitiative zehn verletzte Demonstranten. Sie trugen meist Prellungen, Zerrungen oder Verrenkungen davon. Einige seien auch von Polizeihunden gebissen worden.

Das vierte von den Startbahngegnern im Rüsselsheimer Wald errichtete Hüttendorf wird möglicherweise noch in dieser Woche unter Polizeischutz geräumt. Das erklärte der Rüsselsheimer Oberbürgermeister Winterstein. Die etwa 30 in dem Dorf lebenden Startbahngegner hätten eine Abbruchverfügung in der vorigen Woche nicht beachtet.

Reitz gegen Erhöhung der Mineralölsteuer

„Wenig hilfreicher Plan“

Wiesbaden (ddp/lhe). Den Plan von Bundesfinanzminister Matthöfer, die Steuern auf Heizöl, Benzin und Erdgas zu erhöhen, um damit ein Beschäftigungsprogramm zu bezahlen, hat der hessische Finanzminister Reitz davor gewarnt, den von der öffentlichen Hand „auf den Arbeitnehmer ausgeübten finanziellen Belastungsdruck zu überziehen“.

Kritisch äußerte sich der Minister auch zu dem „derzeitigen Bonner Verwirrspiel“ um beschäftigungspolitische Maßnahmen und deren Finanzierung: „Wenn über Wochen hinweg und aus maßgebendem Munde immer neue ungesicherte Vorschläge mit den unterschiedlichsten Zielrichtungen feilgeboten werden, dann schadet dies der wirtschaftlichen Stabilität und der Beschäftigungssicherung in kaum mehr vertretbarer Weise.“

„Sparen nicht bestrafen“

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Schmidt, erklärte, die FDP-Fraktion begrüße die eindeutige Stellungnahme des Ministers, weil sie sich wohltuend von der bisherigen Diskussion abhebe. Die Sparsamkeit der hessischen Bürger auf dem Energiebereich dürfe nicht mit einer Erhöhung der Energie- und Benzinpreise bestraft werden.

Sprecher der Startbahngegner festgenommen

Frankfurt (lhe). Wegen Widerstands gegen Polizeibeamte ist am Dienstagmorgen einer der Sprecher der Bürgerinitiativen gegen den Ausbau der Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens, Leo Spahn, festgenommen worden. Er wurde nach Angaben eines Polizeisprechers am Ausbaugelände „bei Widerstandshandlungen überwältigt.“

Die Situation des Frankfurter Flughafens:

- 80% des interkontinentalen Luftverkehrs der Bundesrepublik werden über Frankfurt abgewickelt. 200 Städte auf allen Kontinenten sind ab Frankfurt im Linienverkehr zu erreichen. Mehr als 40% der Passagiere steigen in Frankfurt um: Frankfurt ist die deutsche Drehscheibe im Weltluftverkehr.
- Für die Anforderungen reichen die vorhandenen zwei Start- und Landebahnen nicht aus. Die Nachfrage der Fluggesellschaften nach mehr Landerechten kann nicht befriedigt werden: Die Kapazität des vorhandenen Bahnsystems ist erschöpft.
- Warteschlangen in der Luft und am Boden sind die Folgen dieser fehlenden Kapazität. Sie kosten viele Millionen Liter Treibstoff. Auch deshalb kündigen die Luftverkehrsgesellschaften den Abzug von Flugverbindungen an, wenn Frankfurt diese Probleme nicht lösen kann.
- Umsteigemöglichkeiten wie in Frankfurt können auf anderen deutschen Flughäfen

nicht künstlich eingerichtet werden. Andere europäische Flughäfen würden den Frankfurter Verkehr auf sich ziehen, wenn Frankfurt seine Bedeutung nicht erhalten kann.

- Für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze wären die Folgen fatal. Weniger Verkehrsverbindungen bedeuten weniger Wirtschaftsverbindungen. Nicht nur das Rhein-Main-Gebiet, sondern die Wirtschaft in der ganzen Bundesrepublik hätten Nachteile. Der Flughafen ausbau sichert Arbeitsplätze. Mehr als 32000 am Flughafen Frankfurt, 42000 drumherum. Sicherheit für mehr als 70000 Familien.
- Die Startbahn 18 West ist die letzte Möglichkeit, die Bedeutung des Flughafens Frankfurt zu erhalten und die Kapazität zu steigern. Sie ist ein Kompromiß, weil jede andere Lösung mehr Waldverlust und mehr Lärmbelastigung gebracht hätte. Die FAG ist bereit, die unvermeidbaren Waldverluste durch Wiederaufforstungen in der Umgebung und durch freiwillige Umweltschutzmaßnahmen mehr als auszuglei-

chen. Das Grundwasser wird nicht abgesenkt, das Klima nicht verändert. Die Startbahn 18 West ist der vernünftige Kompromiß zwischen Umwelt und Sachzwang.



Flughafen Frankfurt Main AG

Darum bauen wir die Startbahn 18 West.

Wir möchten Sie umfangreicher über den Ausbau des Flughafens Frankfurt unterrichten, als dies in einer Anzeige möglich ist. Kostenlos erhalten Sie Material, wenn Sie uns den Coupon auf einer frankierten Postkarte senden:

Flughafen Frankfurt/Main AG
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
6000 Frankfurt 75

Coupon

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____